



DR. ANDREAS

NICK

Für Sie im Bundestag.

## Bericht aus Berlin

### Ausgewählte Termine

#### Montag, 13. Mai:

Konferenz Zentrum Liberale Moderne-Podiumsteilnehmer: "Was tun? Deglobalisierung oder neuer Anlauf für eine Globalisierung 2.0?"; Begrüßung der Wirtschafts juniorin Anna Gogel aus Bogel in Berlin; Auftakt Körber History Forum; Landesgruppensitzung

#### Dienstag, 14. Mai:

Sitzung AG Auswärtiges; Körber History Forum; Fraktionssitzung; „Potsdamer Begegnungen“ mit Vizepräsident Thomas Oppermann MdB

#### Mittwoch, 15. Mai:

Auswärtiger Ausschuss; Redner auf dem Panel der AICGS Konferenz; Pressehintergrundgespräch zur Vorstellung der Lateinamerika-Karibik-Strategie; „Potsdamer Begegnungen: Sicherheitsrisiken - Was bedeutet das Ende des INF-Vertrages für Europa?“

#### Donnerstag, 16. Mai:

Plenum; Panelteilnehmer bei der KAS-Adenauer-Konferenz "Deutschland im VN-Sicherheitsrat: Eine europäische Stimme?"

#### Freitag, 17. Mai:

Plenum (Rede zu 70 Jahren ER); Gespräch mit Besuchergruppe aus Heiligenroth

## REDE ZU 70 JAHREN EUROPARAT



Als Leiter der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und deren Vizepräsident, war es Andreas Nick eine besondere Freude, zum Antrag "70 Jahre Europarat" zu sprechen.

„Für uns in Deutschland“, so Nick, „ist dies zuallererst ein Grund zu tiefer Dankbarkeit, denn der Europarat war die erste zwischenstaatliche Organisation Europas, und die erste, die Deutschland nach 1945 wieder in die Völkergemeinschaft aufgenommen hat.“

Der Europarat blickt zurück auf eine einzigartige Erfolgsgeschichte bei der Heranführung

junger Demokratien an die Standards von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und pluralistischer Demokratie - nach 1949 und erneut nach 1990 - und hat damit einen entscheidenden Beitrag zur europäischen Rechts- und Friedensordnung insgesamt geleistet. Am heutigen Tag wird nicht nur das 70-jährige Bestehen des Europarates gewürdigt, sondern auch über seine weitere Zukunft entschieden.

Der Beschluss des Ministerkomitees stellt einen wichtigen Schritt zur Überwindung der institutionellen Krise zwischen den Organen des Europarates dar. Er bekräftigt die bisherige

deutsche Position, die von der Regierung und der Delegation gleichermaßen geteilt wird, dass Russland Mitglied des Europarates „mit allen Rechten und Pflichten“ bleiben soll.

Damit kann die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte für 140 Millionen Bürger der Russischen Föderation aufrechterhalten werden.

Mit der Etablierung eines robusten Sanktionsmechanismus für die Zukunft schaffen wir ein Instrument, um Staaten, die gegen unsere Grundwerte verstoßen, im Einklang mit unserem Statut wirksam sanktionieren zu können.

## 70 Jahre Grundgesetz



Am 23. Mai 1949 wird das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in der letzten Plenumsitzung des Parlamentarischen Rates in Bonn feierlich unterzeichnet und verkündet. Damit ist die Bundesrepublik Deutschland als freiheitlich-demokratischer und sozialer Rechtsstaat gegründet.

Der Präsident des Parlamentarischen Rates und spätere erste Bundeskanzler Konrad Adenauer wählt in seiner Schlussansprache die Worte der Präambel: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk (...) dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.“

Der Deutsche Bundestag gedachte im Rahmen einer Vereinbarten Debatte am Donnerstag an diesen historischen Tag. Heute haben nur noch 70 der 146 Artikel den Wortlaut von 1949. Insgesamt 62 Änderungsgesetze in 70 Jahren und eine Verdoppelung des Textumfangs zeugen von einem steten Wandel. Inzwischen bedürfen rund 60 % aller Gesetzesvorlagen der Zustimmung durch den Bundesrat.

Das Grundgesetz wird heute zu den ältesten geltenden Verfassungen der Welt gezählt und gilt als vorbildlich für den Aufbau demokratischer Rechtsstaaten.

## PLENUM

Der Deutsche Bundestag begann die Sitzungswoche mit einer Aktuellen Stunde zum Iran-Atomabkommen, gefolgt von der Aussprache zur Tätigkeit des Petitionsausschusses. Dieser Ausschuss berät über Anregungen und Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger und ist damit ein Seismograf für die Stimmung in der Bevölkerung.

Anlässlich des 70. Jahrestages der Unterzeichnung des Grundgesetzes Anlässlich des 70. Jahrestages der Unterzeichnung des Grundgesetzes eine zweistündige Aussprache auf der Tagesordnung. In der sog. „Vereinbarten Debatte“ erinnerten die Redner an dieses für Deutsch-



land wichtige Datum. Der Bundestag beriet weiterhin in erster Lesung über das Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht, das im Anschluss an den Ausschuss für Inneres und Heimat überwiesen wurde.

Weitere Themen der umfangreichen Tagesordnung: Digitalpakt

2.0, Änderung des BaFöG, Aktuelle Stunde zur Finanzierungslücke bei der Grundrente und die Digitalisierung in der Landwirtschaft.

Am Freitag sprach Andreas Nick, Leiter der deutschen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, zu einem Antrag anlässlich dessen 70-jährigen Bestehens.

## AUSSCHÜSSE

Am Mittwoch konnte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Dr. Norbert Röttgen, den Bundesminister des Äußeren, Heiko Maas, als Gast in seiner Sitzung begrüßen. Die Abgeordneten, darunter auch Andreas Nick, nutzten dies zu einer intensiven Aussprache zur aktuellen auswärtigen Politik.

Weitere Berichte der Bundesregierung behandelten die Lage in Kamerun und in Südafrika sowie das Thema einer möglichen Einflussnahme ausländischer Staaten auf Bundestagsabgeordnete im Vorfeld der Bundestagswahl 2017.



© Deutscher Bundestag / Marco Urban

Im weiteren Verlauf der Sitzung berieten die Mitglieder unter anderem über die Themen Nachhaltigkeitsziele, Migration und Flüchtlinge.

Im Ausschuss Digitale Agenda, in dem Andreas Nick stellvertretendes Mitglied ist, war in die-

ser Woche Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier zu Gast, der über die Arbeit des Digitalkabinetts berichtete. Weitere Themen: „Zensurvorfälle“ bei Twitter sowie die Durchführung des Zensus im Jahr 2021.

## Gespräch mit Bill Browder

Andreas Nick traf in dieser Woche auch den US-Unternehmer und Menschenrechtler Bill Browder (Foto Mitte). Zusammen mit Vladimir Kara-Murza, Vorsitzender der Boris Nemtsov Foundation for Freedom, diskutierten sie u.a. über die aktuelle Menschenrechtslage in Russland.



Hintergrund: Der Anwalt Sergei Magnitski, der für Browders Unternehmen in Russland tätig war und einen mutmaßlichen Betrug von Beamten offen gelegt hatte, wurde im November 2008 verhaftet und verstarb 2009 in einem Gefängnis in Moskau unter ungeklärten Umständen. Nach Magnitskis Tod setzte sich Browder dafür ein, dass die verantwortlichen russischen Beamten bestraft werden. Die Initiative Browders, die Belege von Korruption in Steuerbehörden und anderen Regierungsstellen vorbrachte, führte in den USA im Jahr 2011 zum Erlass des „Magnitsky Act“, durch den 60 russische Beamte mit Einreiseperrnen belegt wurden, denen auch das Europäische Parlament folgte.

Andreas Nick befürwortete in einer Rede in der PV ER des Europarates im Januar dieses Jahres den Vorstoß, ein europäisches Magnitski-Gesetz mit globaler Reichweite zu etablieren, da mit dem Gesetz gezielt und persönlich die Verantwortlichen von Menschenrechtsverletzungen in den Blick genommen werden und nicht pauschal ganze Staaten oder Völker.

## AICGS KONFERENZ

Am Mittwochvormittag war es Andreas Nick eine besondere Freude, beim Symposium „Advancing the Alliance“ des American Institute for Contemporary German Studies (AICGS) auf einem Podium zu Außen- und Sicherheitspolitik zu diskutieren. Darauf waren neben ihm auch Julianne Smith (Bosch Stiftung) aus den USA und Danielle Pletka (American Enterprise Institute). Almut Möller vom European Council on Foreign Relations moderierte das Gespräch.

In seinem Beitrag skizzierte Nick die Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen in den vergangenen Jahren. Nachdem man



nach der Wahl Donald Trumps noch in gespannter Erwartung verharret hätte, werde nun an vielen Stellen ein offener Interessenkonflikt deutlich. Dazu Nick: „Mit unseren amerikanischen Freunden hatten wir schon immer Differenzen über die Gestaltung bestimmter Politiken. Neu ist jetzt allerdings, dass der Stil der Zusammenarbeit, die Partnerschaft und der Multilateralismus, offen in Frage gestellt wird.“

Um in der Sicherheitspolitik transatlantisch zu bleiben, aber gleichzeitig europäischer zu werden, müsse Deutschland selbst noch stärker in eigene – auch militärische Fähigkeiten – investieren. So könne der europäische Pfeiler in der NATO gestärkt werden. Gleichzeitig müssten Deutschland und die EU noch viel stärker Verantwortung für die Sicherheit und Stabilität in der europäischen Nachbarschaft übernehmen.

## ZENTRUM LIBERALE MODERNE

Am Montag hatte Andreas Nick Gelegenheit, auf Einladung des Zentrums für Liberale Moderne und der Bertelsmann Stiftung bei einer Paneldiskussion zusammen mit seinen Kollegen Danyal Bayaz MdB (Bündnis 90/Die Grünen) und Michael Theurer MdB (FDP) zur Zukunft der Globalisierung zu diskutieren.

Als Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Unterausschuss Vereinte Nationen, Internationale Organisationen und Globalisierung konnte Nick die positiven Auswirkungen des offenen Welthandels auf den



Wohlstand in Deutschland klar herausstellen. Die Globalisierung bringe jedoch auch große Herausforderungen mit sich.

Vor allem der von Staatskapitalismus getriebene Aufstieg Chinas hat zu weltweiten wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen geführt. Es gilt da-

her, den globalen Ordnungsrahmen zu stärken und im notwendigen Maße weiterzuentwickeln. Eine neugedachte, internationale ökologische und soziale Marktwirtschaft liefert hierbei Handlungsoptionen für den richtigen Umgang mit den Veränderungsprozessen der heutigen Zeit.

## UNESCO-Austauschprogramm „kulturweit“



Jetzt Bewerben – Auslandsjahr mit Deutscher UNESCO-Kommission – informiert Dr. Andreas Nick: Der Freiwilligendienst kulturweit startet neue Bewerbungsrunde. Ab sofort können sich junge Menschen zwischen 18 und 26 Jahren, die in Deutschland leben, bei „kulturweit“ für ein Freiwilliges Soziales Jahr im Ausland bewerben.

„Wer Interesse an Bildung, Natur und Kultur hat und aktiv die Arbeit der UNESCO unterstützen möchte, hat die Chance, andere Länder, neue Menschen sowie Weltkulturerbestätten kennen zu lernen“, wirbt der Westerwälder Bundestagsabgeordnete für das Programm der Deutschen UNESCO-Kommission.

Die Jugendlichen werden intensiv auf dem Aufenthalt im Ausland vorbereitet und finanziell unterstützt: mit Seminaren, einem Sprachkurs, mit Versicherungen, Reisegeld und Mietzuschuss. Seit 2009 haben insgesamt 4.000 Jugendliche an diesem Programm teilgenommen.



Bewerbungen sind noch bis 2. Dezember 2019 möglich, der Freiwilligendienst beginnt am 1. September 2020. Alle Informationen und das Bewerbungsportal sind unter: [www.kulturweit.de](http://www.kulturweit.de) abrufbar.

## LATEINAMERIKA-KARIBIK-STRATEGIE

Am Dienstag beschloss die CDU/CSU-Fraktion die Lateinamerika-Karibik-Strategie „Vision 2030 – Eine Partnerschaft für die Zukunft“, welche Andreas Nick als Berichterstatter für Lateinamerika maßgeblich erarbeitet hat. Hierzu erklärt Nick gemeinsam mit dem außenpolitischen Sprecher, Jürgen Hardt: „Mit der neuen Strategie heben wir die Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Europa und Lateinamerika auf eine neue Ebene. Uns eint das gemeinsame Interesse, die internationale regelbasierte Ordnung zu festigen. Dazu bedarf es der Partnerschaft mit gleichgesinnten Akteuren. Im Rahmen einer Werteallianz wollen wir die Zusammenarbeit im



Bereich der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte vertiefen. Dies betrifft insbesondere auch die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen. Gute Regierungsführung ist zudem eine zentrale Voraussetzung für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Grundlagen für einen Strukturwandel hin zu modernen Wissensgesellschaften. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass das Frei-

handelsabkommen zwischen der EU und Mercosur zum Abschluss gebracht wird. In Organisationen wie den Vereinten Nationen, den G20 und der OECD streben wir künftig eine noch engere Abstimmung mit unseren Partnern an. Zudem unterstützen wir regionale Integrationsbestrebungen. Nur gemeinsam können wir globale Themen wie die Bekämpfung des Klimawandels und eine demokratische Gestaltung der Digitalisierung gewährleisten.“

## BUNDESFACHAUSSCHUSS

In der konstituierenden Sitzung des Bundesfachausschusses (BFA) Äußere Sicherheit der CDU Deutschlands wurde Andreas Nick nun auch offiziell als Mitglied bestätigt.

Zu Beginn des Jahres war er bereits von CDU Generalsekretär Paul Ziemiak in den Bundesfachausschuss berufen worden.

Die Vorstandssprecherin der GIZ Tanja Göner und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Johann Wadepul wurden auf der Sitzung zu den neuen



Vorsitzenden des BFA gewählt. Weiterhin nahmen neben Generalsekretär Paul Ziemiak u.a. der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Jürgen Hardt, Ausschussvorsitzender Norbert Röttgen sowie Parlamentarische Staatssekretärin Maria

Franziska Flachsbarth an der Sitzung teil. Aufgabe des rund 40-köpfigen Bundesfachausschusses ist es, die außen- und sicherheitspolitische Programmatik der CDU im Detail zu formulieren und die Parteiführung zu beraten.

**Wissenswertes aus dem Bundestag:**

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages In dieser Woche übergab der Vorsitzende des Petitionsausschusses, Marian Wendt MdB, seinen Bericht für das Jahr 2018 an Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble.

Jeder kann sich nach Artikel 17 des Grundgesetzes mit einer Bitte oder Beschwerde an den Deutschen Bundestag wenden. Der Petitionsausschuss prüft und berät die Petitionen. Dadurch erfährt der Petitionsausschuss aus erster Hand, wie sich Gesetze auf den Bürger auswirken und gilt als Seismograf für die Stimmung in der Bevölkerung.

Die Zahl der eingereichten Petitionen ist 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 15 Prozent gestiegen.



Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble hat am Mittwoch den Wissenschaftspreis 2019 des Deutschen Bundestages an Dr. Tino Frieling, wissenschaftlicher Assistent an der Bucerius Law School in Hamburg, verliehen. Frieling erhielt die Auszeichnung für seine 2017 veröffentlichte Dissertation „Gesetzesmaterialien und Wille des Gesetzgebers. Fallgruppen verbindlicher Willensäußerungen“.

Die aus renommierten Staatsrechtslehrern, Historikern und Politikwissenschaftlern zusammengesetzte siebenköpfige Jury hatte die Dissertation von Tino Frieling aus einem Bewerberfeld von 42 eingereichten Publikationen ausgewählt.

## KAS-ADENAUER-KONFERENZ

Am Donnerstagnachmittag diskutierte Andreas Nick im Rahmen der „7. Adenauer-Konferenz“ der KAS zur Rolle Deutschlands in der internationalen Sicherheitspolitik.

Im Vordergrund stand dabei Deutschlands derzeitiger Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Im Gespräch mit der französischen Botschafterin Anne-Marie Descôtes, dem deutschen VN-Botschafter Dr. Christoph Heusgen und dem Politikprofessor Dr. Johannes Varwick von der Universität Halle-Wittenberg lobte Nick die deutsch-französische Zusammenarbeit im Sicherheitsrat und wertete sie als wichtigen Impuls für eine erfolg-



reiche europäisch abgestimmte Politik auf internationaler Ebene: „Es gibt so gut wie keine europäische Frage, in der wir nicht eng mit Frankreich zusammenarbeiten“, so Nick. Diese Zusammenarbeit sei wichtig, da der Multilateralismus global unter Attacke sei. Dies äußere sich auch in der zunehmend blockierenden Haltung der USA im VN-Sicherheitsrat. Auf die Nachfrage der Mo-

deratorin Daniela Braun, ob außenpolitische Probleme auch im Wahlkreis von Nick präsent seien, antwortete er, dass er ein zunehmendes Interesse der Bürger an außenpolitischen Themen bemerke. Vor allem verbreite sich immer stärker die Ansicht, dass Deutschland globale Probleme nicht alleine lösen könne und daher mehr Verantwortung übernehmen müssen.

## KAS-DIALOG ZUR KRISE IN LIBYEN

Am Montag begrüßte Andreas Nick als Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Unterausschuss Vereinte Nationen, Internationale Organisationen und Globalisierung und Gastgeber der Veranstaltung gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) zu einem Hintergrundgespräch zur aktuellen Krise in Libyen und der Rolle der Vereinten Nationen bei deren Bewältigung. Mohamed Eljarh, Leiter der Organisation Libya Outlook Research and Consultancy, leitete die Diskussion mit einem Impulsvortrag ein.



Zuletzt kam es mit der Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen dem libyschen General Khalifa Haftar und der international anerkannten Einheitsregierung von Ministerpräsident Fayed al-Sarradsch zu einer Eskalation der Gewalt in dem Land. Die Konfliktparteien

sind daher dazu aufgerufen, alle Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen. Eine Rückkehr zu den sich zuletzt vorsichtig positiv entwickelnden Friedensbemühungen der Vereinten Nationen ist unabdingbar. Es gilt, eine humanitäre Krise zu verhindern und Libyen zu stabilisieren.

### Wirtschaftsjuniorin Anna Gogel aus Bogel - Teilnehmerin des Know-how-Transfers 2019 in Berlin



Auch in diesem Jahr konnte Andreas Nick wieder eine Teilnehmerin des Know-how-Transfers der Wirtschaftsjunioren Deutschlands in seinem Büro begrüßen.

Anna Gogel ist Mitglied im Wirtschaftsjunioren-Kreis Limburg-Weilburg-Diez und seit diesem Jahr in der Stabstelle des Landesvorstandes der Wirtschaftsjunioren Hessen. Sie ist weiterhin als Abteilungsleiterin in der Volksbank Rhein-Lahn-Limburg Region Diez tätig und kommt aus Bogel im Rhein-Lahn-Kreis.

Beim Know-how-Transfer begleiten jedes Jahr rund 200 Wirtschaftsjunioren 200 Abgeordnete des Deutschen Bundestages eine Woche lang in ihrem politischen Alltag.

Dieser Erfahrungsaustausch hilft Parlamentariern und jungen Unternehmern, die gegenseitigen Positionen und ihre Hintergründe zu verstehen. Zusätzlich fließen die gewonnenen Kenntnisse um unternehmerische Realitäten in die politischen Entscheidungsprozesse ein. Die Wirtschaftsjunioren Deutschlands umfassen mehr als 10.000 Unternehmer und Führungskräfte unter 40 Jahren. Sie sind global vernetzt und als größtes Netzwerk junger Wirtschaft in Deutschland mit rund 210 Mitgliedskreisen vor Ort präsent. Wer bei den Wirtschaftsjunioren mitmacht, engagiert sich im Beruf - will aber auch darüber hinaus etwas bewegen.

## GÄSTE AUS HEILIGENROTH

Eine Gruppe von Angestellten der Gemeinde Heiligenroth unter der Leitung von Ortsbürgermeister Erich Herbst besuchte in dieser Woche Berlin. Ein Rundgang durch die Mitte Berlins mit Potsdamer Platz, Boulevard Unter den Linden und Holocaust-Mahnmal durfte ebenso wenig fehlen wie der Einkaufsbummel auf dem Kurfürstendamm. Besonders berührt zeigten sich die Teilnehmer von einer



Führung in der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt in Hohenschönhausen. Selbstverständlich war auch der Besuch des

Bundestages eingeplant. Nach der Teilnahme an der Plenarsitzung traf der Westerwälder Abgeordnete die Teilnehmer zu einem Gespräch. „Als gebürtiger Heiligenrother freue ich mich ganz besonders über Ihr Interesse an meiner Tätigkeit“, betonte Nick. Er schilderte den Ablauf seiner Sitzungswoche in Berlin und stand der Gruppe für Fragen zur Verfügung.



## PRAKTIKANT AUS OBERELBERT

Aus Oberelbert nach Berlin: „Mein Name ist Noah Nugel, ich komme aus dem schönen Westerwald und arbeite seit dem 06. Mai 2019 als Praktikant im Abgeordnetenbüro von Dr. Andreas Nick in Berlin. Mein Ziel war es, mit meinem vierwöchigen Praktikum einen vertieften Einblick in das politische

Leben der Bundesrepublik zu erhalten und besser zu verstehen, wie unser System funktioniert.



niert. Neben der täglichen Arbeit im Abgeordnetenbüro hatte ich

so schon die Möglichkeit, während der Sitzungswochen an einigen Plenarsitzungen, Anhörungen und Dialogrunden teilzunehmen. Ich sehe und erlebe zurzeit also das, was man eigentlich nur Zeitung und Fernsehen kennt und freue mich schon auf meine verbleibende Zeit hier in Berlin!“

## Runder Tisch mit Institutionen aus dem Bereich Keramik aus Höhr-Grenzhausen mit Bundesbildungsministerin Anja Karliczek



Im Anschluss an den Rundgang im ECREF fand ein „Roundtable-Gespräch“ mit der Ministerin statt. Andreas Nick begrüßte die teilnehmenden Institute und bedankte sich bei Anja Karliczek für die Bereitschaft zu einem Besuch in seinem Wahlkreis.

An dem Gespräch nahmen u.a. Vertreter des Verbandes der Dt. Feuerfest-Industrie, dem FGK-Forschungsinstitut für Anorganische Werkstoffe - Glas/Keramik- GmbH, der Forschungsgemeinschaft Feuerfest, der Hochschule Koblenz und der Universität Koblenz-Landau sowie des Keramikmuseums teil.

Alle Teilnehmer betonten sowohl die Breite der Kompetenz als auch die Vielfalt der Angebote der verschiedenen Einrichtungen am Cluster-Standort Höhr-Grenzhausen. Beides gilt für die Bereiche Hochschule, anwendungsbezogene Forschung und Bildung und umfasst die technologisch-gewerbliche wie die künstlerische Keramik.



Andreas Nick zusammen mit der Bundesministerin und den Landtagsabgeordneten Gabi Wieland und Josef Dötsch

## MINISTERIN KALICZEK IM WAHLKREIS



v.l.n.r.: Dr. Nele van Wiering, Andreas Hermann, Prof. Dr. Kristian Bosselmann-Cyran, Prof. Dr. Jan Werner, Dipl.-Betriebswirt Thomas Seger, Prof. Dr. Olaf Krause, Prof. Dr. rer. nat. Dr. h.c. Peter Quirnbach, BM Anja Karliczek, Prof. Dr. Dietrich Holz, Dr. Andreas Nick, Dr. Christian Dannert, Prof. Dr. Stefan Wehner

Der Besuch der Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek MdB im Euro-

nehmer-Industrien, z.B. die Stahl- und Chemiebranche sowie interessante Einblicke in die

rem zur Aufgabe gemacht, Forschung, Wissenschaft, Bildung und Ausbildung im Bereich der Feuerfest-Erzeugnisse europaweit zu fördern.

Darüber hinaus, so führte Quirnbach aus, sei es ein wesentliches Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit speziell von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) zu stärken.

Anja Karliczek zeigte sich beeindruckt von der Vielseitigkeit der Verwendung von Feuerfest-Erzeugnissen und der effizienten Arbeit des Instituts.



pean Centre for Refractories (ECREF) in Höhr-Grenzhausen auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Andreas Nick startete mit einem Rundgang unter Leitung von Geschäftsführer Prof. Dr. Peter Quirnbach. Sowohl die Ministerin als auch der heimische Abgeordnete erhielten konkrete und anschauliche Beispiele für Forschungsprojekte rund um die Feuerfest-Hersteller und ihre Ab-

Arbeit des Zentrums. Das 2009 als Europäisches Kompetenzzentrum gegründete Institut hat es sich unter ande-



**Am 26. Mai wählen gehen!**



Am 26. Mai 2019 haben die Bürgerinnen und Bürger im Westerwald und Rhein-Lahn-Kreis die Wahl und entscheiden bei der Kommunal- und Europawahl für die nächsten fünf Jahre über ihre gewählten Vertreter in ihrer Gemeinde, Verbandsgemeinde, im Kreis und in Europa.



Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und gehen Sie wählen - ob per Briefwahl oder im Wahllokal.



Unterstützen Sie unsere Kandidaten für die Kommunal- und Europawahl. Nur mit Ihrer Hilfe und Unterstützung können wir unsere erfolgreiche Arbeit auch in den kommenden fünf Jahren fortsetzen.

Es kommt auf jede Stimme an!

**Impressum:**

Bundestagsbüro  
 Dr. Andreas Nick MdB  
 Platz der Republik 1  
 11011 Berlin  
 Telefon: (0 30) 227 73208  
 andreas.nick@bundestag.de

**PPP - MARVIN STEINEBACH IN DEN USA**

Post aus der USA:

Andreas Nick erhielt einen herzlichen Brief von Joanne Lapinske, Gastmutter von Marvin Steinebach, dem diesjährigen Stipendiaten des Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) aus Höhn. Sie berichtete, dass Marvin sich sehr gut in Wisconsin eingelebt habe, seine Zeit in der USA genieße und er viele neue Freunde gefunden habe. Marvin ist auch als Freiwilliger sehr aktiv - er engagiert sich ehrenamtlich in Obdachlosenheimen und hat auch für ein Spen-



denessen für Obdachlose und Arme ein deutsches Abendessen gekocht. „Marvin ist ein netter junger Mann und ein guter Botschafter für Deutschland“, schrieb Joanne Lapinske. Andreas Nick übernahm für den 21-

Jährigen aus Höhn die Patenschaft im Jugendaustauschprogramm des Deutschen Bundestages mit dem US-Kongress und konnte Marvin Steinebach in einem persönlichen Gespräch vor seiner Abreise in die USA kennenlernen.

**STÄDTEBAUFÖRDERUNG**

Seit weit über vierzig Jahren unterstützen Bund und Länder gemeinsam Städte und Gemeinden bei der Bewältigung der städtebaulichen Anpassungs- und Investitionserfordernisse. In über 3.700 Kommunen wurden bisher mehr als 8.800 Gesamtmaßnahmen gefördert.

Auch Westerwald- und Rhein-Lahn-Kreis profitieren von diesem Programm. So flossen im Jahr 2018 in die Sanierung des Stadtkerns von Höhr-Grenzhausen 162.000 Euro, in die Altstadtsanierung in Montabaur 250.000 Euro, in die Stadtsanierung in Ransbach-Baumbach 222.000 Euro, und für die Sanierung des Stadt-

kerns in Nastätten waren es 111.000 Euro. Allein in diesem Jahr stellt der Bund dafür ca. 790 Millionen Euro zur Verfügung. Jedem Euro Fördermittel der Städtebauförderung folgen circa sieben Euro an



privaten und öffentlichen Investitionen. Das schafft und sichert Arbeitsplätze im Bauhandwerk.

Städte und Gemeinden realisieren mit Hilfe der Förderung Vorhaben zur Erneuerung des Stadtbilds, zur Bewälti-

gung des wirtschaftlichen Strukturwandels, zur Anpassung an die demografische Entwicklung und zur Beseitigung städtebaulicher Missstände.

Eine gute Stadtentwicklung basiert auf einer umfassenden Bürgerbeteiligung. Sie stärkt die Akzeptanz von Stadtentwicklungsmaßnahmen. Die Mitwirkung und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger werden für die erfolgreiche Durchführung von Vorhaben der Stadtentwicklung daher immer wichtiger. Die Menschen vor Ort wissen genau, mit welchen Maßnahmen Wohnen, Arbeiten und Freizeit in ihrer Heimat unterstützt werden.